

# Gießener Echo

Zeitung der Deutschen Kommunistischen Partei Gießen

Nr. 8/51. Jahrgang

August 2020

Schutzgebühr: 0,40 €



## Mit Hiroshima begann der Kalte Krieg



### Hiroshima ist Verpflichtung!



75 Jahre Atombombe auf Hiroshima

**Nie wieder.**

Mit Abwurf zweier Atombomben am 6. August (Hiroshima) und 9. August 1945 (Nagasaki) endete nicht nur der zweite Weltkrieg, sondern begann auch der kalte Krieg und das Wettrüsten gegen die Sowjetunion. Die US-Propaganda stellt die Abwürfe als notwendig dar. Die angeblich notwendige Invasion Japans hätte ca. 500.000 US Soldaten das Leben gekostet. 230.000 Menschen, die in Hiroshima und Nagasaki sofort tot waren oder in den folgenden Wochen und Jahren qualvoll starben (ca. 600.000), wären der Preis für den Sieg. Man erinnere sich: Deutschland hatte bedingungslos kapituliert. Das faschistische Japan stand allein. Die Militärberater des Präsidenten Truman hielten den Einsatz der Bombe mehrheitlich für unnötig. Der Abwurf erzwang

nicht das Kriegsende. Es wurde nur hinausgezögert, um die Bombe noch einsetzen zu können. Schon Monate zuvor hatte Japan Bereitschaft zur Kapitulation signalisiert. Darauf wurde von der US-Regierung bewusst nicht geantwortet, denn noch war die Kapitulation nicht erwünscht.

Hauptsächlich ging es darum die Sowjetunion unter Stalin einzuschüchtern, weniger die Japaner mit dem Atombombenabwurf zur Kapitulation zu zwingen, denn das wäre auch ohne Invasion nur eine Frage der Zeit gewesen.

Die für Juni 1945 in Potsdam geplante Siegerkonferenz über die Zukunft Europas ließ Truman um mehrere Wochen verschieben. Gleichzeitig wurde die Entwicklung der US Atombombe mit äußerster Eile vorangetrieben. Der Test

musste unbedingt noch während der Potsdamer Konferenz gelingen.

Als Präsident Truman vom erfolgreichen Test der Atombombe am 16.07.1945 erfuhr, wurde eine harte Verhandlungslinie gegenüber der Sowjetunion festgelegt. Die Vereinbarungen über Reparationsansprüche der Sowjetunion gegenüber Gesamtdeutschland wurden aufgekündigt; die Sowjetunion konnte nur Reparationen gegenüber ihrer Besatzungszone geltend machen. Eine unglaubliche Hypothek für die spätere DDR.

Um die Drohung glaubhaft zu machen, wurden die Bomben gegen Japan eingesetzt. Industrieanlagen wurden bewusst nicht als Ziel gewählt, sondern eine bevölkerungsreiche Großstadt, wie Hiroshima. Nagasaki war nötig, um zu demonstrieren, dass mehr als nur eine Bombe vorhanden war. Die Sowjetunion musste sich bedroht fühlen und wurde trotz ihrer riesigen Kriegsschäden in einen ruinösen Rüstungswettkampf gezwungen.

Henning Mächerle

#### Inhalt

Nicht auf unserem Rücken / Mindestlohn	S. 2
Büchel / Atomkrieg	S. 3
Syrien / Sofortprogramm	S. 4
Hiroshima / Spiel	S. 5
Weltwirtschaftskrise / Stadtwerke	S. 6
Ria Deeg / Kamax	S. 7
Termine / Botanischer Garten	S. 8

**Für Frieden und Sozialismus!**

**DKP**

# #NichtaufunseremRücken

Am 18. Juli rief das bundesweite Bündnis #NichtaufunseremRücken zu einem Aktionstag auf, an dem sich Menschen aus ca. 20 Städten beteiligten. Die Antifaschistische Revolutionäre Aktion Gießen (ARAG) beteiligte sich mit einem lokalen Protest.

Die Forderung, dass nicht die Beschäftigten, sondern die Reichen die Krise bezahlen sollen, wurde mit dem Motto „Eure Krise nicht auf unserem Rücken“ in großen Buchstaben an die Autobahnbrücke beim Phil II tapeziert.

An die Lahnbrücke wurde ein Banner mit der Aufschrift „Erst kaputt sparen – dann Applaus?“ gehängt, um die Privatisierung von Krankenhäusern anzuprangern, die auf Kosten des Personals und der Gesundheit von PatientInnen durchgeführt wird.

Der Höhepunkt des Gießener

Protesttages war eine Streetart-Aktion im Seltersweg. Auf zwischen zwei Laternen gespannte Frischhaltefolie wurde ein Graffiti mit dem Motto des Tages gesprüht. Interessierte PassantInnen blieben stehen, um zuzuschauen und kamen dadurch mit den AktivistInnen ins Gespräch. Auf verteilten Flyern wurden Stellenabbau, Kurzarbeit, stagnierende Löhne und Betriebsschließungen

angeprangert. Die Rechnung für das 1,2-Billionen-Euro-Paket wird der Staat am Ende die ArbeiterInnen bezahlen lassen. Wir fordern: Keine Milliarden für Konzerne, Erhöhung des Mindestlohns, Reduzierung der Arbeitszeiten.

**Wir sagen: "Nicht auf unserem Rücken! Es ist Zeit, dass wir uns wehren! Die Reichen sollen die Krise bezahlen!"**

Jenny Meurer (ARAG)



## Mindestlohn steigt nur langsam

Der gesetzliche Mindestlohn soll bis zum 01.07.2022 in vier Schritten auf 10,45 Euro ansteigen. Hierauf hat sich die Mindestlohnkommission am 30.06. nach zähen Verhandlungen verständigt. Im Vorfeld der Kommissionsempfehlung,

werden und Geringverdiener wären in die Lage versetzt, sich endlich jene Konsumgüter leisten zu können, die bis Ende des Jahres mit einem niedrigeren Mehrwertsteuersatz belegt sind.

Kein Wunder also, dass über 100 Wirtschaftswissenschaftler einen Aufruf für eine Erhöhung des Mindestlohns auf 12 Euro unterzeichnet haben. Trotz dieser klugen Argumente aus der Wissenschaft fand sich in der Kommission nicht die nötige Mehrheit, um den Mindestlohn schnell und deutlich anzuheben. Der nur moderate Anstieg bedeutet für das Mil-

lionenheer der Betroffenen jedoch noch immer keinen wirksamen Schutz vor Erwerbsarmut, ganz zu schweigen vor Altersarmut, wie Christoph Butterwegge in der „Jungen Welt“ eindrucksvoll aufzeigte. Der renommierte Armutsforscher konfrontiert die Bundesregierung mit ihren eigenen Zahlen, die belegen, dass der Stundenlohn bei einer 45 Jahre langen Vollzeitberufstätigkeit mindestens 12,63 Euro betragen muss, um eine Rente oberhalb der Grundsicherung im Alter zu erreichen.

Ulf Immelt



die noch von der Bundesregierung absegnet werden muss, hatte der DGB für eine Erhöhung auf 12 Euro ab Januar 2021 plädiert. Die Kapitalseite hingegen hatte eine Aussetzung der Erhöhung oder gar eine Senkung des Mindestlohns gefordert. Letztere begründete dies natürlich nicht damit, dass ein höherer Mindestlohn deren Profitrate schmälern würde. Stattdessen führten sie ins Feld, eine Erhöhung des Mindestlohns stünde angeblich einer schnellen Konjunkturbelebung im Weg. Das Gegenteil ist aber der Fall: Ein deutlich höherer Mindestlohn würde für einen mächtigen Konjunkturimpuls sorgen. Die Massenkaufkraft würde gestärkt



Am 11.07.2020 fand der erste Infostand der DKP Gießen nach den Corona-Einschränkungen im Seltersweg statt. Viele Genossinnen und Genossen aus DKP und SDAJ kamen zusammen, verteilten über 400 Gießener Echos und führten gute Gespräche.

Der nächste Infostand folgt. Diesen und weitere Termine findet ihr auf der letzten Seite des Gießener Echos.

# Büchel dicht machen!

## US-Atomwaffen raus aus Deutschland!

Am 10.07.2020 um 6 Uhr blockierten Mitglieder der Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend (SDAJ) und der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) den Atomwaffenstützpunkt



Büchel in Rheinland-Pfalz und machten alle drei Tore dicht. Denn dahinter lagern 20 US-Atombomben. Im Rahmen der „atomaren Teilhabe“ Deutschlands werden sie im Falle eines Atomkriegs von Bundeswehrsoldaten auf US-Befehl ausgeflogen und abgeworfen.

Patrik Köbele, Vorsitzender der DKP, erklärt dazu: „Die aktuelle Krise des Kapitalismus und die Corona-Pandemie legen vieles lahm, leider nicht den

Kriegskurs der NATO, der EU und Deutschlands. Das müssen wir schon selber tun.“

Die Bundesregierung und ihre Kriegsministerin Kramp-Karrenbauer versuchen die Situation auszunutzen. Neue Bomber, darunter viele, die in der Lage sein sollen, die in Büchel lagerten Atomwaffen zu transportieren, sollen angeschafft werden. Die dafür notwendigen 100 Milliarden Euro werden in Krieg und Tod investiert, während angesichts der Massenarbeitslosigkeit, Kurzarbeit und des fehlenden Personals im Gesundheitswesen dringend Geld

gebraucht wird.

Die Situation ist brandgefährlich. In Büchel wurde dem Militarismus, der nuklearen Aufrüstung und der Aggression gegen die Volksrepublik China und Russland Sand ins Getriebe gestreut. Das war nicht das letzte Mal – wir kommen wieder.

### Wir fordern von der Bundesregierung

1. Stopp der nuklearen Aufrüstung
2. Beitritt zum UN-Atomwaffenverbot
3. Abzug der Atomwaffen aus Büchel

Martina Lennartz



## Atomkrieg

### Eine bleibende Gefahr für die Menschheit

In der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts war die Gefahr eines Atomkriegs den meisten Menschen sehr bewusst. Sie hatten die Bilder von Hiroshima und Nagasaki noch frisch im Gedächtnis, jeden Tag starben dort noch Menschen an den Spätfolgen.

Trotzdem wurden Atomwaffen immer weiter entwickelt und getestet, in manchen Jahren stieg fast wöchentlich irgendwo auf einem Testgelände ein Atompilz in die Höhe. Auf der ganzen Erde fiel der radioaktive Fallout vom Himmel. Jeder, der damals lebte, hat noch

heute Strontium 90 in seinen Knochen. Die langlebigen Radionuklide werden für spätere Archäologen den Beginn eines neuen Zeitalters markieren.

Auf allen Kontinenten gab es starken Widerstand gegen die atomare Aufrüstung. In der BRD war es die Bewegung „Kampf dem Atomtod“, der Ostermarsch und später der „Krefelder Appell“. Die Friedensbewegung hatte einen mächtigen Verbündeten – die sozialistischen Länder. So gelang es nach und nach die Gefahr zu verringern. Zunächst wurden oberirdische nukleare

Explosionen verboten, später alle. Es gab den Atomwaffensperrvertrag und immer mehr Verträge zur Begrenzung der Zahl der Bomben und Trägersysteme. Alles schien besser zu werden – bis zum Zerfall der Sowjetunion und ihres Bündnissystems.

Die Verträge zur Rüstungsbegrenzung und -kontrolle laufen langsam aus oder werden von den USA einseitig gekündigt, während an neuen Verträgen auf Seiten der NATO kein Interesse besteht. Überall werden immer wieder neue Nuklearwaffen entwickelt, denn ein Atomkrieg soll mit möglichst wenig eigenen Verlusten führbar gemacht werden.

US-Präsident Trump verkündet ernsthaft, dass eine Waffe, für die so viel Geld ausgegeben wurde, doch auch mal eingesetzt werden müsse. Die Gefahr eines Atomkriegs, ob aus Absicht oder Versehen, ist so groß wie lange nicht mehr. Das Bewusstsein für die Gefahr aber ist gering. Die 70. Jahrestage der Atombombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki fordern uns dazu heraus, das Bewusstsein und die politische Bewegung zu stärken.

Gernot Linhart



# Syrien - Hilfe nur für Islamisten

Vor kurzem waren in der Presse Berichte über eine „Geber-Konferenz“ für Syrien zu lesen. Kurz darauf gab es im UN-Sicherheitsrat Kontroversen darüber, welche Grenzübergänge für mögliche Hilfslieferungen genutzt werden könnten. Beklagt wurde, dass die Hilfe für 500.000 Kinder gefährdet sei, weil Russland und China nur noch einen Grenzübergang hätten.

Verschwiegen wurde dabei, dass es gar nicht um ganz Syrien ging, sondern nur um die noch von islamistischen Milizen beherrschten Gebiete. Dort leben etwa 20% der syrischen Bevölkerung. An den restlichen 80%, in dem von der rechtmäßigen Regierung verwalteten Landesteil, fahren die Lieferungen vorbei. Nicht nur das, gegen die dort lebenden Menschen gibt es sogar ein striktes Handels- und Finanzembargo. Nahrungsmittel, Medikamente, technische Geräte und Baumaterialien für

den Wiederaufbau – all das darf nicht einmal gegen Bezahlung eingeführt werden. Mit diesem Wirtschaftskrieg sollen erklärtermaßen Hunger und Elend erzeugt werden, um die Bevölkerung zu zwingen, das Kriegsziel der EU und NATO doch noch zu erreichen: Sturz der säkularen Regierung, Beteiligung der Islamisten an der Macht und eine neue

Verfassung, die aus dem einheitlichen Staat für alle Syrer eine nach Ethnien und Religionen gespaltene Gesellschaft macht.

Aber von all dem kann man in den Medien nichts lesen, außer in ein paar linken Blättern wie UZ, Junge Welt und hier im Gießener Echo.

Gernot Linhart



**UZ Probe-Abo [6 Wochen]**  
**Das 6-Wochen-Probe-Abo zum Kennenlernen!**

**Die Print- und Online-Ausgabe gratis.**

**Das Abo endet natürlich automatisch!**

<https://shop.unsere-zeit.de/UZ-ABO>

## Das Sofortprogramm der Stadt Gießen - Die Armen werden im Stich gelassen

Das Stadtparlament beschloss am 02.07.2020 mehrheitlich einen Hilfsfond für die Unterstützung von Vereinen, Künstlern und Soloselbstständigen in Höhe von nur 50.000 Euro. Zur Info: Es gibt etwa 210 Vereine im Landkreis Gießen. Der Änderungsantrag der Gießener Linken den Fond auf 250.000 Euro zu erhöhen, wurde von allen abgelehnt.

Von dem Fond ausgeschlossen sind viele Kinder und die 2.800 Nutzer der Gießener Tafel, wobei die Zahl der Neuanmeldungen um 70% gestiegen ist. Gießen gehört mit einer Quote von 19,5% zu den zwölf ärmsten Regionen in Deutschland. Die Tafelnutzer benötigen dringend Unterstützung. Schlimm genug, dass es Tafeln geben muss. Zudem wird es auch in diesem Jahr

keinen Ferienpass geben. Selbst die Kinder, die mit dem Ferienpass sonst stark ermäßigt ins Schwimmbad gekommen wären, müssen jetzt den normalen Preis zahlen, da die Stadt "Engpässe beim Einlass befürchtet". Man könnte in Gießen die Spielangebote für Kinder ausbauen. Doch auch dafür ist kein Geld da.

In erster Linie muss den Menschen geholfen werden, die über kein regelmäßiges oder ein nur geringes Einkommen (Hartz IV) verfügen, ihren Familien sowie den alten und kranken Menschen und denjenigen, die ihre Arbeit verloren haben oder von Kurzarbeitergeld leben müssen. Die Krise heißt nicht Corona - die Krise heißt Kapitalismus.  
Martina Lennartz

**Geld ist genug da – es muss umverteilt werden! Das alles ist machbar.**

Geld ist genug da. Doch es fließt in die Rüstung. In diesem Jahr beträgt der Rüstungshaushalt offiziell fast 35 Milliarden Euro. Kriegsministerin Kramp-Karrenbauer will in den kommenden 14 Jahren zusätzlich 130 Milliarden Euro für die „Modernisierung“ der Bundeswehr ausgeben. Die Rüstungsindustrie exportierte 2015 laut Wirtschaftsministerium Waffen im Wert von 12,81 Milliarden Euro.

Geld ist genug da. Es wird spekulativ gehortet von Reichen und Superreichen. In Deutschland leben 123 Milliardäre und mehr als eine Million Millionäre. Sie besitzen ein Vermögen von 2,4 Billionen Euro. Dieses Geld muss umverteilt werden.

**Die DKP fordert:**

- Einführung einer Millionärssteuer in Form einer jährlichen Vermögensabgabe von 2% auf alle Vermögen größer als 1 Million Euro
- Erhöhung der Spitzensteuer auf Kapitalerträge und Erträge der Unternehmen



## Kleines totes Mädchen

Ich klopf an deiner Türe an,  
– bei wieviel Türen ich schon war! –  
wenn mich auch keiner sehen kann;  
denn die Toten sind unsichtbar.

Ich lebte in Hiroshima  
Das ist zehn Jahre her  
Jetzt bleib' ich für immer sieben Jahr'  
Tote Kinder wachsen nicht mehr.

Zuerst fing das Feuer mein Haar,  
dann sind mir die Augen verbrannt,  
die Hände-,mein Blut ist verdampft.  
Bis ich nun mehr Asche war.

Nichts Liebes mehr tun könnt ihr mir.  
Nichts, nichts. Ihr müsst bedenken,  
ein Kind ist verbrannt wie Papier.  
Ihr könnt ihm nichts mehr schenken.

Leis' klopf ich an eure Türen  
Gebt mir eure Unterschrift  
Dass es nie mehr Kinder trifft,  
dass nie mehr Kinder verbrennen,  
und dass sie Bonbons essen  
können

(Nazim Hikmet, ca 1960)

## Hiroshima-Platz bleibt aktuell



Die erste US-amerikanische Atombombe sollte ein Nuklear-Massaker in Frankfurt anrichten. Gießen entging ihm nur knapp, weil sich die Entwicklung der Bombe verzögerte. Dennoch widmeten die Stadtregierungen Gießens den Opfern von Hiroshima und Nagasaki keinen Erinnerungsort.

In Gießen bestand die zweitgrößte Zusammenballung US-militärischen Zerstörungspotentials in der BRD. Es hätte viele Gründe für eine aktive kommunale Friedenspolitik gegeben.

1985 trat Gießen dem von Hiroshima und Nagasaki initiierten „Programm zur Förderung der Solidarität der Städte mit dem Ziel der vollständigen Abschaffung der Atomwaffen“ bei. Drei Jahre

passierte nichts - bis die DKP den Beschluss wieder ausgrub. Erst dann informierte OB Manfred Mutz (SPD) die Initiatoren. Dann geschah wieder nichts. Es gab auch keine städtische Gegenwehr gegen den Einbau von Sprengkammern in die Adenauer-Brücke und den Ausbau des US-Depots. Schließlich setzte die DKP ein Zeichen.

Am 6. Dezember 1988, dem Jahrestag der Bombardierung Gießens, brachte die DKP symbolisch im City-Center ein Straßenschild am damals noch namenlosen Platz an: HIROSHIMA-PLATZ. Ein Zeichen gegen die wieder beginnende NATO-Hochrüstung! Eine offizielle Benennung verweigerten die Magistratsparteien. Von diesem Platz aus wurden viele Jahre die Ostermarschierer nach Frankfurt verabschiedet.

**Wir fordern die Umbenennung des „Katharinen-Platz“ in „Hiroshima-Platz“! Abrüsten statt Aufrüsten!**

Mario Berger

## Kleines Spiel über Faschismus: „Through the Darkest of Times“



Das Setting des 2. Weltkriegs oder auch des Hitlerfaschismus ist in Videospiele nichts Neues. Während man sich z.B. in „Call of Duty“ übermächtig durch Gegnerhorden kämpft oder als Anführer einer Nation in „Hearts of Iron“ das Schicksal ganzer Länder in der Hand hat, ist das antifaschistische Spiel von „Through The Darkest Of Times“ von 2019 eher klein.

Man startet das Spiel im Jahr 1933. Zu Beginn muss man sich einen Charakter erstellen, der zufallsgenerierte Eigenschaften hat: Ein sozialdemokratischer Professor, nationalkonservativer Lehrer oder kommunistischer Arbeiter. Die Eigenschaften der Charaktere sind für den Erfolg entscheidend. Anschließend

muss man neue Mitglieder für seine Widerstandsgruppe anwerben und gemeinsam Aktionen durchführen, um den Widerstand im Kleinen zu organisieren: Spenden sammeln, Flugblätter verteilen, der SA Geld stehlen usw.

Durch geschicktes Spielen können auch spektakuläre Aktionen durchgeführt werden, wie die Befreiung eines Konzentrationslagers.

Die Atmosphäre überzeugt: die schönen, in einem düsteren Comicstil gehaltenen Charaktere, eine ebensolche Umgebung und die an die Musikrichtung der 20er und 30er Jahre angelehnte musikalische Untermalung.

Alles in allem ist „Through The Darkest Of Times“ ein sehr gutes, antifaschistisches Spiel. Die Geschichte bleibt ernst, die historischen Ereignisse werden, so akkurat es in einer Erzählung geht, wiedergegeben. Und, dass die Gruppe divers sein muss, um ordentlichen Widerstand leisten zu können, ist eine gute Message. Toll, dass Paintbucket Games gegen den Mainstream

schwimmt und ein ruhiges, emotionales Spiel über den Faschismus herausbringt und so gegen die immer gleichen Bombastshooter oder Militärstrategiesimulationen ein Statement setzt.

Daniel, Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend (SDAJ)

SDAJ Gießen findest auch auf Facebook oder [sdaj-marburg@gmx.de](mailto:sdaj-marburg@gmx.de)

**ORGANISIER DICH!**  
MACH MIT BEI UNS IN DER SDAJ

**„DENN NUR DURCH GEMEINSAMEN UND ORGANISIERTEN KAMPF LASSEN SICH DIE GRENZEN DIESES SYSTEMS ERFAHRBAR MACHEN.“**

Sophia, 24 Jahre, Studentin aus Mannheim

**SDAJ**



# Weltwirtschaftskrise – Wer zahlt die Zeche?

Die Weltwirtschaft bewegt sich bereits seit 2018 in die Rezession, keineswegs erst seit dem Erscheinen des Coronavirus. Die Herrschenden in Wirtschaft und Politik können dem Virus nicht genug danken: Jetzt haben sie einen Schuldigen für die Misere, einen, für den sie sich noch dazu gar nichts können. Sogar die Schuldenbremse samt „schwarzer Null“, die sie vor nicht allzu langer Zeit ins Grundgesetz geschrieben haben, werfen sie so getrost auf den Müll.

In Wahrheit befindet sich die kapitalistische Ökonomie schon seit Mitte der Siebzigerjahre des vorigen Jahrhunderts im krisenhaften Zustand. Bis dahin hatte der Nachkriegsboom einer kriegszerstörten Welt eine fortwährende Prosperität vorgetäuscht. Dann begann – wie von Karl Marx für die kapitalistische Gesellschaft vorhergesagt – die produzierte Warenmenge die Kaufkraft der Massen erneut zu übersteigen. Es war bereits zu viel Geld in Produktionsmittel investiert worden und die Arbeiterinnen und Arbeiter verdienten zu wenig, um die produzierten Waren zu kaufen.

Weitere Investitionen wurden für die Kapitalisten zu riskant und zu teuer. Der

Kapitalüberschuss floss in Finanzanlagen. Deshalb etwa steigen die Aktienkurse kontinuierlich und auch die Immobilienpreise werden durch diese für die Produktion überschüssigen Gelder in die Höhe getrieben.

Da also die Kapitalgewinne aus Sicht der Kapitalisten deutlich zu wünschen übrig lassen, muss der Staat sie zunehmend subventionieren. Das ist es, was die Staatsschuld in die Höhe treibt.

Nun macht man uns vor, dass der Staat sich gefahrlos verschulden könne. Schon Mitte der Siebzigerjahre hatte der spätere Bundesbankpräsident Otto Pöhl gesagt, „man solle doch nicht so naiv sein zu glauben, dass der Staat jemals seine Schulden zurückzahlen könne. Er müsse stets nur so solvent (zahlungsfähig) bleiben, dass er die alten Schulden durch neue ersetzen kann.“

Ein solcher Staat, der seine Schulden nicht mehr zurückzahlt, ist objektiv bankrott. Und so denken auch Kapitalisten zuweilen über eine Rückzahlung von Schulden nach, so etwa der Präsident des Ifo-Institutes Clemens Fuest: Zur Rückzahlung von Schulden „muss man sowohl Ausgabenkür-

zungen als auch höhere Steuern in den Blick nehmen. Aber man sollte dann nicht die Unternehmens- oder Einkommenssteuern erhöhen, sondern eher die Mehrwertsteuer oder die Grundsteuer, die weniger wachstumsfeindlich sind.“ Natürlich, nicht die Unternehmer und Reichen sollen zahlen, sondern Arbeiter und Mieter. Klaus Mewes

## Aktuell: Kein Eis und kein Herz für Kinder

143.000 Kinder sind in Hessen nach Berechnungen der Bertelsmann-Stiftung von der Armut ihrer Familien betroffen.

Direkt hinter den Großstädten reiht sich Gießen mit 15,5% Armutsquote von unter 18-Jährigen in die traurige Bilanz ein. Die Kinderarmut stieg in 5 Jahren um 1,2%.

Eine Gesellschaft, die auf Profitstreben aufgebaut ist, kann ihre Kinder nicht ernähren.

**Sozial is mus!**

Mario Berger

**Sie lügen wie gedruckt.  
Wir drucken, wie sie lügen.**

**Teste die beste**  
linke, überregionale Tageszeitung.

**junge Welt**  
Kämpfen statt...

**Drei Wochen gratis.**

Probeabo muss nicht abbestellt werden, endet automatisch.

## Stadtwerke: Hoher Gewinn – wer zahlt?

Laut Geschäftsbericht haben die Gießener Stadtwerke im vergangenen Jahr einen Gewinn von 9 Mio. Euro erzielt, dreimal so viel wie im Jahr zuvor. Davon kommen 6,5 Mio. in die Rücklagen und 2,5 Mio. in die Stadtkasse. Ist doch schön, wenn die SWG Gewinne machen und die Stadt auch etwas davon hat – so denkt bestimmt mancher Bürger. Doch das ist zu kurz gedacht.

Aufgabe kommunaler Betriebe sollte nicht sein, möglichst viel an den Kunden zu verdienen. Stattdessen sollten sie ihre Aufgabe darin sehen, die Menschen in ihrem Einzugsbereich preiswert und zuverlässig mit den von ihnen angebotenen Dienstleistungen zu versorgen. Die Finanzierung öffentlicher Aufgaben sollte aus Steuermitteln erfolgen und nicht aus den Gewinnen kommunaler Betriebe. Steuern kann der Gesetzgeber so gestalten, dass

Wohlhabende deutlich stärker belastet werden als weniger Begüterte. Letztere geben aktuell allerdings einen viel höheren Teil ihres Einkommens für Energie und Wasser aus als die



Reicheren – überhöhte Preise für diese Leistungen belasten sie also stärker. Für manche sind die Strom- und Gasrechnungen so hoch, dass sie besonders bei Nachzahlungen in Zahlungsschwierig-

keiten geraten. Im Extremfall führt das zu Strom- und Gassperren, was in der heutigen Zeit eine private Katastrophe ist.

An den Börsen und Märkten sind die Energiepreise in den letzten Jahren immer tiefer gesunken – die Tarife der SWG kennen dagegen nur die andere Richtung: nach oben. Fast alle kommunalen Betriebe sind inzwischen privatwirtschaftlich als Aktiengesellschaft oder GmbH organisiert. Früher wurden die Preise und Tarife für die Leistungen solcher Betriebe vom Stadtparlament beschlossen, heute gibt es nur noch ein paar Kommunalpolitiker in den Aufsichts- und Beschlussgremien.

Die Interessen der Bürger bleiben auf der Strecke. Notwendig wäre eine radikale Wende – weg von der Profitorientierung, hin zu demokratischer Kontrolle! Gemot Linhart

# Ehrung von Ria Deeg - JETZT

## Die Kommunistin und Antifaschistin (1907 – 2000)

Am 13.08.2020 jährt sich der Todestag von Ria Deeg zum 20. mal.

1923 trat sie in die Sozialistische Arbeiterjugend, 1925 in die SPD und die Gewerkschaft ein. 1932 verließ sie die SPD und wurde Mitglied der KPD. Im selben Jahr begann sie ihre Arbeit bei der KPD-Regionalzeitung, dem Gießener Echo.

Nach der Machtübertragung an die Faschisten verteilte sie Flugblätter, sammelte Geld und Lebensmittel für die Rote Hilfe zur Unterstützung der Familien Verhafteter. Auch als die illegale Bezirksleitung der KPD verhaftet wurde, arbeitete sie weiter. Im November 1934 wurde sie verhaftet und im Juli 1935 wegen Vorbereitung zum Hochverrat zu 38 Monaten Haft verurteilt.

1945 wurde Ria Leiterin der Gießener „Betreuungsstelle für politisch, rassistisch und religiös Verfolgte“. Bis zum Verbot der KPD 1956 war sie im Kreisvorstand, im Landesvorstand und Stadtverordnete. 1969 trat sie in die DKP ein.

In den folgenden Jahren beteiligte sie sich gemeinsam mit ihrem Mann Walter an Aktionen und den Ostermärschen. Sie war Mitbegründerin der VVN Hessen und Gießen 1947. Zeitlebens beteiligte sie sich an antifaschistischen Ak-



tionen und berichtete als Zeitzeugin vor Schulklassen und Organisationen. Sie setzte sich immer für internationale Solidarität ein und unterstützte Antifaschisten in vielen Ländern. Dieses Zitat von

Ria soll uns mahnen und zum Kämpfen motivieren: „Nun bin ich 86 Jahre alt und habe mein Leben lang für Frieden und Sozialismus gekämpft. Ich bereue nicht einen Tag. Das sozialistische Lager ist zusammengebrochen, Fehler wurden gemacht. Aber das soll uns nicht entmutigen. Karl Marx ist nicht tot, seine Idee lebt, und es gilt immer noch, und heute mehr denn je, für eine bessere Welt zu kämpfen - gegen Kapitalismus und Krieg. Leider ist das Gedächtnis der Menschen sehr kurz.“

Obwohl sie bereits 1987 die Ehrennadel der Stadt Gießen erhielt, wollten die Grünen und Teile der SPD eine weitere Ehrung verhindern. Die Frist, bis „verdiente Gießener Bürgerinnen und Bürger“ geehrt werden können, wurde von 10 auf 20 Jahre verdoppelt (Lex Ria Deeg). Höchste Zeit für eine würdige Ehrung der Kommunistin Ria Deeg!

Martina Lennartz

„Der Kapitalismus trägt den Krieg in sich wie die Wolke den Regen“

## Solidarität mit den Beschäftigten bei Kamax in Alsfeld

Mitte Juni verkündete die Kapitaleseite bei Kamax (Zulieferer der Autoindustrie) in Alsfeld das Werk bis Sommer 2021 zu schließen. Etwa 220 ArbeiterInnen sollen vor die Tür gesetzt werden. Zudem sollen am Standort Homberg (Ohm) ca. 100 Personen in die Arbeitslosigkeit geschickt werden.

2017 hat die Belegschaft mit der IG Metall in Alsfeld einen Ergänzungstarifvertrag erkämpft, der zunächst nur



feld durchgeführt wurde, zeigt folgendes Beispiel: Die Firma investierte die letzten Jahre circa 20 Mio. Euro in ein Werk in der Slowakei. Die Regierung der Slowakei schenkte der Firma bei diesem Vorhaben rund 5 Mio. Euro. 2 Mio. wurden direkt ausgezahlt und die verbleibenden 3 Mio. Euro wird es als Steuererleichterung geben. Die Kapitaleseite erwartet in der Slowakei trotz Corona in nächster Zeit eine enorme Expansion des Werkes. Bei den ersten Verhandlungen um die Schließungspläne gab es keine Annäherungen. In den nächste Wochen und Monaten brauchen die Beschäftigten Unterstützung bei ihren Protesten und Demonstrationen.

Frieda Maibach



den ArbeiterInnen teuer zu stehen kam. Zwei Stunden die Woche arbeiten sie ohne Bezahlung und die Tariferhöhungen wurden verschoben. Dafür sollten bis März 2022 keine betriebsbedingten Kündigungen erfolgen und auch eine Werkschließung wurde ausgeschlossen. 13,3 Mio. Euro konnte das Unternehmen somit seither von den Beschäftigten erbeuten. Die ArbeiterInnen haben ihren Teil des Ergänzungstarifvertrages somit erfüllt. Mit welcher Profitlogik die Schließung in Als-



# 2020: Bitte die Abogebühren bezahlen - und bitte spenden

Wir benötigen dringend Spenden, um das Gießener Echo auch in Zukunft in dieser Auflage herausbringen zu können.

Diese Bitte richtet sich auch an unsere Online-Leser. Das Gießener Echo bleibt verlässlicher Partner im Kampf gegen Krieg und Sozialabbau, gibt Informationen, die andere verschweigen und unterstützt viele Gießener linke Organisationen und Initiativen in ihrer Arbeit.

Sparkasse Gießen, IBAN: DE 75 5135 0025 0000 1930 70.

Es grüßt mit herzlichem Dank das Redaktionskollektiv

**Solidarität  
mit dem  
sozialistischen  
Kuba!**



**Spendenauf  
für das  
Studienzentrum  
Fidel Castro**

## Termine



Folgende Veranstaltungen sind geplant:

**06.08.2020 ab 16:00 Uhr:**

Kundgebung: 75 Jahre Atom-bombenwurf auf Hiroshima und Nagasaki am Hiroshima-Platz (Katharinenplatz) in Gießen

**05.09.2020 ab 10:30 Uhr:**

Infostand der DKP Gießen am Kugelbrunnen, Seltersweg Gießen

**19.09.2020:**

Grillfest der DKP Gießen: "Mit den Roten im Grünen feiern"

Bei Interesse, siehe Kontaktdaten

**21. UZ-PRESSEFEST  
VOLKSFEST DER DKP**



**NEUER  
TERMIN!**

**27. - 29. AUGUST 2021**

## Botanischer Garten wir müssen draußen bleiben

Der Gießener Botanische Garten, ein ruhiger, grüner Erholungsort mitten in der Stadt, soll nach einem Beschluss der Universität für den Rest des Jahres geschlossen bleiben. Vorwand sind die Corona-Verordnungen. Angeblich ist es in dem Garten nicht möglich, die vorgeschriebenen Abstände einzuhalten.

**Wir  
müssen  
draussen  
bleiben!**



Außer bei Veranstaltungen und Führungen hat noch niemand auf dem Gelände so etwas wie Gedränge erlebt, meistens teilen sich 10 bis 20 Menschen das mehrere tausend Quadratmeter große Areal. Die Wege sollen zu schmal sein – nach diesem Kriterium müssten in Gießen viele Fußwege und Bürgersteige gesperrt werden oder dürften nur in einer Richtung genutzt werden. Der Garten wird mit Steuergeldern finanziert – wir aber bleiben ausgesperrt.

Gernot Linhart

## Gießener Echo

Hrsg.: Kreisorganisation der DKP Gießen; verantw.: Gernot Linhart, erscheint monatlich. Bezugsgebühren: 30€ im Jahr (inkl. Versandkosten). Konto (Sparkasse), IBAN: DE75 5135 0025 0000 1930 70, BIC SKGIDE5F. Druck: Gründruck Bestellungen, Leserbriefe, Anfragen an: Gießener Echo, Postfach 110226, 35347 Gießen, E-Mail: g.linhart@gmx.de. Im Internet: www.giessen.dkp.de

Solidarität mit den Beschäftigten am UKGM!

**#GESUNDHEIT  
statt  
PROFITE!**

Offenes Mikro für Beschäftigte & Patient\*innen!

**KUNDGEBUNG:**  
Sa., 15. August  
13:00 Uhr

Mit Hygienemaßnahmen:  
1,5m Abstand & Maskenpflicht

**Gießen: Kirchenplatz**

\*Märburg: gemeinsame Anreise um 11:30 Uhr vom Hbf

Gemeinsamer Aufruf:

DKP, DIE LINKE., DGB, ver.di, DIE LINKE. GIESSEN, JUSOS GIESSEN, SPD, SDAJ

## Liebe Leserinnen und Leser,

wenn Sie an weiteren Informationen der DKP Gießen interessiert sind, wenden Sie sich gerne an uns.

### Sie erreichen uns hier:

- giessen.dkp.de
- facebook.com/dkp-giessen.de
- instagram.com/dkp\_giessen
- blog.unsere-zeit.de (UZ)

100.000  
Pflegerkräfte ...  
für unsere Gesundheit!

... statt  
800 Panzer  
für ihre Kriege!

**Abrüsten statt Aufrüsten!**

**DKP**

**Redaktionsschluss für  
Sept.-Echo: Mi., 26. Aug.**